

## UBV NÖ - Presseinformation zur NÖ Kammerwahl am 9. März 2025

Sankt Pölten, 12.02.2025

**Die bitteren Ernten des wichtigsten Berufsstands – der Bauern, ruinieren zu tausenden unsere Existenzen auf den Bauernhöfen. Eine Änderung ist unserer Meinung nach nicht in Sicht. Es ist ernst! Es ist todernst! Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Bauern! Also um uns! Das ist der Grund, warum wir uns als Bauern beim UBV bzw. über und mit dem UBV für die Anliegen der Bauern engagieren.**

**Weil wir Bauern sind. Weil wir von dem Leben, was wir auf unseren Betrieben erwirtschaften. Weil wir nicht von fetten Funktionärgagen leben, die zum Teil im Monat deutlich höher sind als die Einkommen, die wir im ganzen Jahr am Betrieb verdienen. Das System ist aus unserer Sicht komplett krank, kaputt – in Wahrheit ist die EU-GAP ein komplettes Desaster.**

Die aktuelle Bauernvertretung ist nach wie vor der Meinung, die EU-GAP sei alternativlos. Daher braucht es mit dem UBV dringend jemanden, um von den Sprechblasen der parteipolitischen sowie persönlich motivierten Aktivitäten der Bauernvertreter wegzukommen. Die Vertreter des Systems vertreten nicht mehr unsere Interessen, sondern persönlich motivierte Ziele oder jene, die man ihnen von Brüssel bis Wien vorkaut. Wir wollen Lösungen und keine Ausreden.

**Die Bauerneinkommen sind jenseits von Gut & Böse!!!!!!!!!!**

**Durchschnittseinkommen bei Beamten im Jahr: 62.000 Euro**

**Durchschnittseinkommen bei den Bauern im Jahr: 16/18.000 Euro**

Wir fordern, dass die Bauern in den nächsten 5 Jahren bei den Einkommen in der Höhe bei jenen der Beamten landen. Alles andere ist eine reine Farce. Die Bauern brauchen grundsätzlich 2-3-mal mehr an Einkommen im Jahr, damit sie wirtschaftlich noch eine Perspektive haben.

Beamte haben ein durchschnittliches Einkommen von rund 62.000 Euro im Jahr. Das Einkommen bei den Bauern liegt – auf der Basis des Grünen Berichts – bei rund 16.000/18.000 Euro im Jahr. Dabei sind die Beiträge zur Sozialversicherung abgezogen. Es ist unschwer zu erkennen, dass etwas nicht passt. Aus unserer Sicht ist die Balance, die Bauerneinkommen betreffend, komplett verloren gegangen. Die Bauernvertretung sieht jedoch zu, hüllt sich in Schweigen, versteckt sich hinter Ausreden oder ist dafür nicht zuständig.

Als sich 2024 das wieder einmal desaströse Ergebnis bei den Bauerneinkommen abzeichnete, schwieg die Bauernvertretung. Bis heute. Sie fühlt sich dafür nicht zuständig. Wir stellen uns immer öfter die Frage, wofür fühlen sich die Agrarlandesräte, die Präsidenten der Kammern dann eigentlich zuständig?

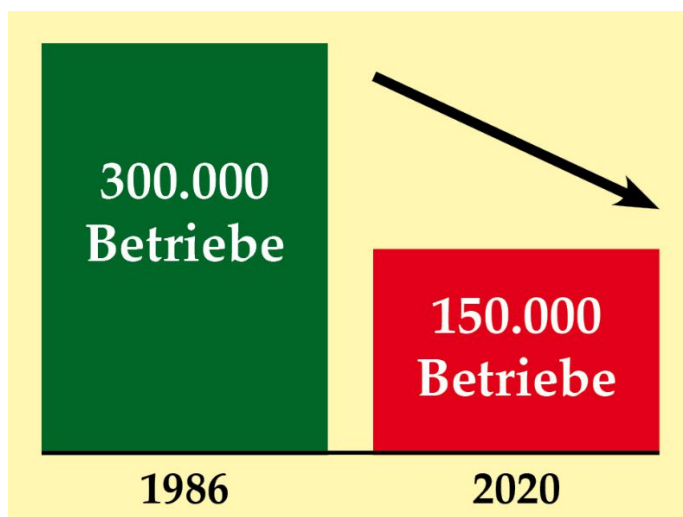
Als die Beamten im Spätherbst 2024 mit Streiks drohten, gab es innerhalb von knapp 2 Stunden ein mehr beim Gehalt von rund 1,7 Milliarden Euro für 2025. Zieht man die letzten 3 Jahre zusammen, gibt es für die Beamten rund 5 Mrd. Euro an mehr zu guten Löhnen. Und bei den Bauern? Da bläst man vermeintliche Hilfen medial derart auf, dass der Eindruck entsteht, man würde die Bauern mit Geld zuschütten! So kann es aus unserer Sicht nicht weitergehen.

## UBV will neue Wege in der Agrarpolitik: Das Bauernsterben muss ein Ende haben!

Die Entwicklung des Bauernstandes kennt seit Jahrzehnten nur eine Konstante: Es werden ständig weniger Betriebe und die Einkommen sinken mehr oder weniger seit dem EU-Beitritt. Wir sind nicht auf der Suche nach Schuldigen. Wir brauchen Lösungen. Aber wer seit 1986 den Agrarminister stellt und dann mit einer derart desaströsen Bilanz dasteht, der kann es nicht. Oder darf bzw. will es nicht anders/besser machen. Beide Annahmen sind eine Katastrophe. 2

Was zudem sauer aufstößt: die Mehrheitsfraktion BB in der LK NÖ – lehnt mehr oder weniger jeden Vorschlag für eine Verbesserung der Rahmenbedingungen und damit der Einkommen für die Bauern ab. Das ist zwar kein Novum in NÖ, aber ein Fakt. Es kommt gefühlt jedes Mal einer Majestätsbeleidigung gleich, wenn man etwas in diesem Haus kritisch hinterfragt.

Wir wollen neue Wege – wir fordern neue Wege in der Agrarpolitik. Seit 1986 stellt der Bauernbund den Agrarminister! Und dann montiert er mit der EU-GAP Agrarpolitik unsere Bauern nach Strich und Faden ab. Es gibt keine Lösungen, nur Ausreden. Sowie dann und wann ein Scheingefecht wie am Beispiel der Diskussion NÖM-SPAR. Um dann beispielsweise den UBV wieder zu verhöhnen, weil wir das Problem nicht grundsätzlich beim Lebensmittelhandel sehen, sondern bei den Spielregeln. Die Spielregeln werden im Parlament in Wien oder Brüssel gemacht und dort versagt man wieder, wenn es um Bauernfragen geht.



Das Bauerndrama in Zahlen: Seit 1986 stellt der Bauernbund den Agrarminister und alle Präsidenten in den Landwirtschaftskammern. Heute gibt es knapp 100.000 Betriebe. Ist das eine gute Agrarpolitik?

## 250 Liter Milch für eine Rechnung mit 10 Euro – wo ist unsere Kaufkraft???

Der Kaufkraftverlust seit dem EU-Beitritt ist katastrophal. Doch was ändert sich? Letztes Jahr gab es erstmals eine Micky-Maus Abgeltung einer Inflation. Wenn die Inflation in den letzten 30 Jahren jeden möglichen Ertrag oder Gewinn aufgefrisst hat, ist die Inflationsabgeltung auf der Basis des heutigen Standes eine sinnlose Sterbebegleitung!

**Was bleibt am Beispiel Milch:** Wir zeigen ständig, wo die konkreten Probleme liegen und warum man an welchen Stellschrauben wie konkret drehen muss. Am Beispiel Milch sieht man, dass man bei einem Gewinn je Liter Milch von 4 Cent als Bauer 250 Liter Milch verkaufen muss, um eine Rechnung mit 10 Euro vom Gewinn bezahlen zu können! Das wären bei einer Rechnung mit 1.000 Euro dann 25.000 Liter Milch. Man muss also 3 Kühe 1 Jahr lang melken, sprich 300 Tage arbeiten, um mit dem Gewinn diese Rechnung von 1.000 Euro zahlen zu können!

**Beispiel bei Getreide:** Von einer Semmel bleiben beim Bauern vom Erlös knappe 2%. Konkret bedeutet dies: Wenn man auf einem Acker 7.000 Kilo Weizen erntet, kann man daraus rund 175.000 Semmeln erzeugen. 1 kg Weizen = 25 Semmeln. Der Verkaufserlös der Semmeln im Geschäft (produziert von einem Hektar) beträgt bei 7.000 Kilo Weizen-Ertrag rund 59.500 Euro. Beim Bauern bleiben davon 1.190 Euro (2%). Zwei Beispiele der Schieflage bei den Preisen bzw. bei dem, was beim Bauern bleibt.

## Wofür ist die Bauernvertretung zuständig?

Fragt man die Präsidenten der Landwirtschaftskammern, dann ist man in der Regel am Ende des Tages für nichts zuständig. Alles komme von Wien, dem Ministerium, der AMA, von Brüssel, der Kommission. Geht man zum Minister, dann heißt es Brüssel. Geht man nach Brüssel, in die Generaldirektion Landwirtschaft, hat man dort den Eindruck, man weiß nicht, was bei den Bauern in der Praxis bei uns in Österreich los ist?! Dort wird dann auf die Generaldirektion Umwelt verwiesen.

Werden die Bauern mit Auflagen wie z.B. konkret die Milchbauern von den Verarbeitern zu neuen Regeln „gezwungen“ – wer nicht mittut, dem drohen die Verarbeiter – meist auch Bauernvertreter mit drakonischen Strafen, dann sei dies Sache der Genossenschaften. Werden die Bauern von der Bürokratie durch die Verwaltung niedergedrückt, dann ist man dafür nicht zuständig! Man delegiert zwar Vertreter in die AMA, aber keiner will dann verantwortlich sein.

Geht es um die Umsetzung einer wieder einmal die Bauern schädigende neue Verordnung, wie die Nitratrictlinie, dann sind Bauernvertreter an erster Stelle, die den Bauern eine teure Suppe zum Auslöffeln servieren. Am Beispiel der Nitratrictlinie will die eigene Vertretung von Seiten der Kammer mit aller Gewalt eine bodennahe Ausbringung durchpeitschen, koste es den Bauern, was es wolle. Alternativen versucht man vom Tisch zu wischen. Man agiert wie der erste Verkäufer von Landtechnik. Was in Bayern geht, wird hier abgewürgt.

**Wir fragen daher im Vorfeld der Kammerwahl in Niederösterreich ernsthaft wie kritisch, was ist mit der Bauernvertretung los?? Welche Interessen vertritt sie wirklich? Was oder wer hindert die Bauernvertretung, die Interessen der Bauern zu vertreten??**

## Bauernvertretung und Kammerwahlsystem aus dem Mittelalter

Vielleicht liegt die Antwort der eigenwilligen wie nicht akzeptablen Entwicklung der Agrarpolitik auch daran, dass nicht nur das Verhalten der Bauernvertreter ans Mittelalter erinnert, sondern auch das Kammergesetz und Wahlordnung. Es gibt kein undemokratischeres Wahlsystem, wie jenes der LK – NÖ aber auch generell in Österreich. Es gibt null Transparenz, die Wahlberechtigten betreffend.

Es gibt keine gemeinsame Wählererfassung und ausreichende wie echte Wählerverständnis. Was bei jeder Wahl! in Österreich stattfindet und als normal gesehen wird, bei der Kammerwahl gilt das nicht.

Die Wählererfassung ist willkürlich. Beauftragt wird die Gemeinde, dort gibt in der Regel der schwarze Bürgermeister dem schwarzen Gemeindebauernobmann die Aufgabe, Wähler zu erfassen. Der nimmt vor allem die sicheren BB-Wähler auf. Alle, die nicht unbedingt BB-Wähler sind, will man tunlichst von der Wahl fernhalten. Man streicht nicht BB-Wähler von der Liste und tut – sogar auch hier im Haus so, als ob man nicht wüsste, wer Kammermitglied sei und damit auch wahlberechtigt.

Verabschiedet wurde die Basis dieses Gesetzes von der ÖVP mit Unterstützung durch die FPÖ. Wir haben als UBV an alle Parteien die Aufforderung herangetragen, diesen Missstand abzustellen. Es passiert nichts. Dass dann aus dem Büro LH Stellvertreter Stephan Pernkopf – er ist auch NÖ BB-Obmann – die Order rausgeht, wer von den Behörden was nicht tun soll/darf, wenn es um eine korrekte Wählerinformation geht, ist der Gipfel eines antidemokratischen Verhaltens.

Aus unserer Sicht ist der „Bauernvertreter“ Stephan Pernkopf mit diesem Demokratieverhalten rücktrittsreif. Man muss dazu festhalten, dass der BB die Bauernvertretung offensichtlich dazu missbraucht, Parteigängern ein „Gerstl“ über Funktionen zukommen zu lassen, damit sie Parteiinformationen ins Land tragen. Es geht also um die Partei und nicht um den Bauernstand.

## **Bauern können mit dem UBV einen neuen Weg - eine neue Bauernpolitik wählen**

Wenn sich im Land für die Bauern etwas ändern soll, dann brauchen wir andere Mehrheitsverhältnisse, auch in den Landwirtschaftskammern. Nur wenn sich dort die Köpfe bzw. deren Denken und Handeln ändert, dann wird sich für die Bauern etwas ändern. Wer sich nur daran orientiert, dass es für einen selbst bzw. die Partei passt, der wird/will nichts ändern.

**Wir haben in der letzten Periode mehr als 70 Anträge mit konkreten Lösungen für die Bauern eingebracht. Das interessiert die Mehrheitsfraktion nicht. Man lehnt jeden Vorschlag ab, weil er nicht zur Parteilinie passt. Oder schickt den Vorschlag in einen Ausschuss und würgt ihn dort ab. Manche Themen landen in einer zahnlosen Alibi-Resolution, die nicht einmal das Papier wert sind, worauf sie gedruckt werden.**

Das ist ein reiner Pflanz der Bauern und keine Lösung für die Probleme. Nachdem die FPÖ das Kammergesetz mit beschlossen hat und zudem mit der ÖVP in der Landesregierung sitzt, wird sich nichts ändern. Denn man hat auch von Seiten der FPÖ jeden Vorschlag bisher – auch nicht im Landtag aufgegriffen. **Es geht offensichtlich nicht um die Bauern! Es geht nur um Posten!**

## **Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik**

Man kann es drehen und wenden, wie man will: „Es braucht neue Wege in der Agrarpolitik.“ Egal ob das aktuell im Raum stehende Damoklesschwert von MERCOSUR, die vielen Auflagen, Gesetze, Verordnungen wie das Renaturierungsgesetz, EU-Entwaldungsverordnung oder die Umsetzung der Nitratrichtlinie: für die Bauern regnet es nur Prügel. Das muss ein Ende haben.

Wir brauchen den Paradigmenwechsel und nicht lauter Neinsager in der Bauernvertretung. Wir wollen als Bauern weiter unsere Betriebe bewirtschaften. Und dort das Geld verdienen, das es zum wirtschaftlichen Überleben braucht. Es wird sich nicht ändern, wenn weiter BB Vertreter Forderungen an sich selbst stellen, die sie nicht umsetzen. Sofern sie überhaupt eine Forderung haben.

## Von den Bauerneinkommen bis zum Bürokratie-Moloch

Das Ergebnis der aktuellen Agrarpolitik trägt ausschließlich die Handschrift des Bauernbundes. Der BB erklärt uns in schöner Regelmäßigkeit, wo man überall drinnen sitzen würde, mit wem man aller verhandeln würde, wer aller mit den BB-Vertretern spricht. Wenn – wie meistens etwas nicht funktioniert und den Bauern somit keine Erleichterungen geschaffen werden können, dann ist der BB nicht zuständig.

Das fast schon regelmäßige Minus für die Bauern bei deren Einkommen – den wirtschaftlichen Erträgen – ruiniert die Existenzen der Bauern. Und die eigene Vertretung schweigt dazu. Warum? Warum schweigt da der Bauernbund? Die Bauern hatten 2023 ein Jahresdurchschnittseinkommen von rund 16.000 Euro (nach Abzug der Sozialversicherungsbeiträge). Das Minus von bis zu 25 % ging medial - wie bei der eigenen Vertretung - komplett unter. Für 2024 zeichnet sich ein ähnliches Bild ab. Wo soll das enden?

5

## Wo ein Wille, da ein Weg! Wo kein Wille, da Ausreden.

Wir wiederholen uns, weil es so unglaublich klingt: Für andere Berufsgruppen schneit es Geld, bei den Bauern klemmt. Das durchschnittliche Einkommen bei den Beamten liegt bei rund 62.000 Euro. Die mit Abstand am besten bezahlte Berufsgruppe bekam trotzdem ohne langes Federlesen in den letzten 3 Jahren an Gehaltserhöhungen mehr, als das gesamte Agrarbudget ausmacht. Konkret gibt es in Österreich für 800.000 Beamte rund 5 Mrd. im Jahr. Für rund 400.000 – im Bereich der Land- und Forstwirtschaft Tätigen, gibt es rund 5 Milliarden. Man muss kein Rechenkünstler sein, dass man versteht, wie enorm die Schieflage für die Bauern ist.

## 42 UBV-Forderungen für 183 Abgeordnete des Parlaments

### Agrarthemen raus aus dem Partei Hickhack – Nationalratspräsident als Schirmherr für Bauern

Wir haben bereits im Jänner die aktuell wichtigsten Forderungen – ohne Anspruch auf Vollständigkeit - aus der Sicht des UBV an den Präsidenten des Nationalrates, Dr. Walter Rosenkranz überreicht. Der UBV ist der Meinung, dass man die Fragen zur Landwirtschaft und damit zu den Fragen von Ernährungssicherheit oder Schutz der Böden, der Landschaft usw. aus dem parteipolitischen Hickhack herauslöst. Aus der Sicht des UBV braucht es eine neue gesellschaftspolitische, überparteiliche Plattform, die solche Spielregeln wie Standards entwickelt und bezahlt, die den Bauern echte ökonomische Perspektiven geben. Die Bauern haben es satt, am Rande der Gesellschaft zu stehen und für alle Fragen oder Probleme der Gesellschaft als Schuh-Abputzer erhalten zu müssen. Präsident Rosenkranz hat auf diese Anregung sehr positiv reagiert.

**Landwirtschaft kostet auch Geld:** Die 42 UBV-Forderungen bedeuten natürlich auch, dass es am Ende deutlich mehr Geld für die Bauern gibt. Auch, wenn derzeit in Österreich das Thema Sparpaket intensiv diskutiert wird: Es wird nicht anders gehen, als dass man für die Land- und Forstwirtschaft mehr Geld aufwendet. Notfalls mit einer anderen Verteilung der Gelder. Die Schieflage bei den diversen Zuwendungen muss sich ändern. Eine neue Politik – oder konkret auch Agrarpolitik – muss Fehlentwicklungen ändern bzw. abstellen. Damit kann es sein, dass es bei Geldzuweisungen auch Änderungen gibt.

*Gute Politik beweist, gerechter sein zu wollen. Das fordert der UBV jedenfalls ein. Ein deutlich besseres Einkommen bei den Bauern – aus der Sicht des UBV brauchen die Bauern 2–3-mal mehr an Einkommen - ist gut für die Wirtschaft. Denn die Bauern investieren in der Regel in der heimischen Wirtschaft. Der UBV definiert daher das Ziel, dass man die Bauern beim Einkommen den Beamten gleichzustellen habe.*